

GROSSER RAT

GR.26.213

VORSTOSS

Interpellation betreffend Ferienangebote für Schulkinder in Aargauer Gemeinden vom 30. Juni 2026 der Fraktion der Grünen (Sprecherin Julia Rahel Grieder, Brugg)

Text und Begründung:

Schülerinnen und Schüler der Volksschule Aargau verbringen pro Jahr dreizehn Wochen mit unterrichtsfreier Zeit, während ihre berufstätigen Eltern hingegen in der Regel nur vier bis fünf Wochen Ferien beziehen können. Dies bedeutet, dass gewisse Familien für acht bis neun Wochen eine zusätzliche Betreuung organisieren müssen.

Diese Voraussetzungen werfen bei uns folgende Fragen auf:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass dreizehn Wochen Schulferien zur Erholung der Aargauer Schulkinder wichtig sind und beibehalten werden sollen?
2. Was sagen Statistiken über die Beschäftigungen der Kinder in diesen Wochen?
Ist eine Tendenz zur Zunahme unbetreuter Kinder zu beobachten?
3. Ab welchem Alter erachtet der Regierungsrat unbetreute Ferientage als zumutbar?
4. Sind dem Regierungsrat Ferienangebote bekannt, welche Kinder möglichst niederschwellig erreichen?
5. Existiert eine Übersicht, welche Gemeinden im Kanton eine Betreuung für Schulkinder während den Ferienwochen anbieten?
6. Ist der Regierungsrat bereit, regionale Organisationen zu strukturieren und zu vernetzen, damit auch Schulkinder aus kleinen Gemeinden ein Ferienbetreuungsangebot besuchen können?
7. Mit welchen Vollkosten rechnet der Regierungsrat für einen solchen betreuten Ferientag?
Welche Elterntarife erachtet der Regierungsrat für einen betreuten Ferientag als zumutbar?
8. Ist der Regierungsrat bereit, eine Anschubfinanzierung für die betreuten Ferienangebote in Aargauer Gemeinden zu initiieren?
9. Inwiefern stehen die Einwohnergemeinden in der Verpflichtung, während der unterrichtsfreien Zeit Angebote für die Kinder arbeitender Eltern zu schaffen?